



Arbeitskräftemangel

Erwerbsbevölkerung schrumpft in allen Kantonen

08.12.2025

Auf einen Blick

- Die Geburtenrate in der Schweiz ist auf ein Rekordtief gesunken.
- Die inländische Erwerbsbevölkerung schrumpft seit 2020, wobei die Kantone unterschiedlich stark betroffen sind.
- Um den Wohlstand zu sichern, braucht es verschiedene Massnahmen wie Produktivitätssteigerung, Zuwanderung und eine Erhöhung des Rentenalters.

Die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau ist in der Schweiz seit Jahrzehnten tief. Seit den 80er-Jahren schwankt die Geburtenrate um den Wert von 1.5 Kinder pro Frau. In den letzten drei Jahren ist die Zahl jedoch nochmals gesunken, auf nur noch 1.29 Kinder pro Frau im Jahr 2024 – ein historischer Tiefstwert. Die Schweiz ist kein Einzelfall: Die Geburtenrate ist in allen vergleichbaren Ländern deutlich tiefer als der Wert von 2.1, der für den

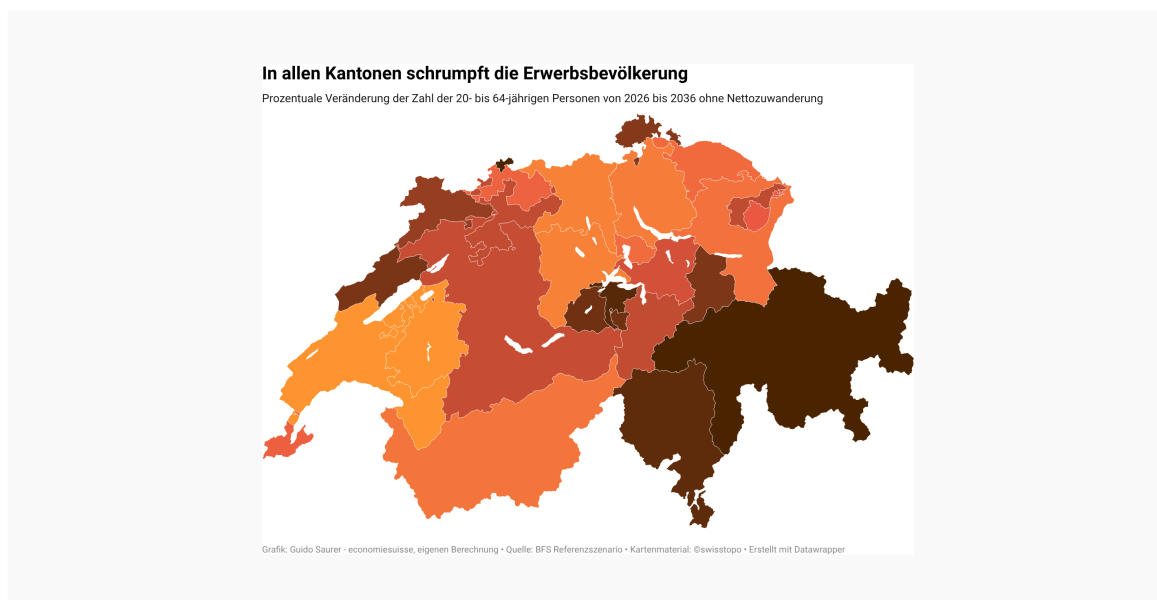
Ersatz einer Generation notwendig wäre. Das bedeutet, dass die inländische Bevölkerung in all diesen Ländern über die Zeit schrumpft. Interessant ist, dass sich auch Länder mit grosszügiger staatlicher Unterstützung für Kinder und Familien dieser Entwicklung nicht entziehen können. So haben beispielsweise die nordischen Länder ähnlich tiefe Geburtenraten wie die Schweiz. Wer also meint, man könne der Geburtenflaute mit einem Ausbau staatlicher Unterstützungsangebote entgegenwirken, der befindet sich auf dem Holzweg.

Weniger Kinder heisst mittelfristig auch weniger Arbeitskräfte

Wenn heute weniger Kinder geboren werden, dann treten in zwanzig Jahren auch weniger junge Erwachsene in den Arbeitsmarkt ein. Die negativen Folgen für die Erwerbsbevölkerung können zwar noch einige Jahre hinausgezögert werden, weil sich die vorherige Generation auch noch im Arbeitsmarkt befindet. Mit dem Ausscheiden der geburtenstarken Jahrgänge aus dem Arbeitsmarkt entsteht eine Lücke, die von den jüngeren Generationen nicht ausgeglichen werden kann. Die Schweiz ist schon mittendrin: Seit 2020 erreichen jedes Jahr mehr Personen das Pensionsalter als Junge in den Arbeitsmarkt eintreten. Die Differenz wird in den nächsten Jahren noch grösser werden und erst danach wieder etwas zurückgehen. Sie bleibt aber auch langfristig im negativen Bereich. Das heisst, dass die inländische Erwerbsbevölkerung in der Schweiz auf lange Sicht schrumpft.

Alle Kantone sind betroffen, wenn auch unterschiedlich stark

Wie stark die einzelnen Kantone von dieser Entwicklung betroffen sind, zeigt die untenstehende Abbildung. Sie illustriert, wie sich die inländische Erwerbsbevölkerung in den nächsten 10 Jahren voraussichtlich verändern wird. Grundlage bildet das Referenzszenario zur Bevölkerungsentwicklung der Kantone des Bundesamts für Statistik (BFS). Am ärgsten präsentiert sich die Situation im Kanton Graubünden: Hier wird die erwerbsfähige Bevölkerung bis 2036 um mehr als 13 Prozent schrumpfen. Mehr als jede zehnte inländische Arbeitskraft, die in den nächsten Jahren aus dem Arbeitsmarkt austritt, kann in Graubünden nicht durch eine nachrückende junge Arbeitskraft aus dem eigenen Kanton ersetzt werden. Gleiches gilt in Basel-Stadt, in Nidwalden, im Tessin, in Obwalden, Neuenburg und Glarus. Weniger stark betroffen ist tendenziell die Westschweiz sowie der Aargau, Luzern und Zürich. Auch hier schrumpft die Erwerbsbevölkerung, aber die Entwicklung fällt in den nächsten 10 Jahren etwas weniger dramatisch aus. Natürlich kann die Binnenwanderung zwischen den Kantonen einen Unterschied machen. Doch dann verschärft sich einfach die Situation im einen zu gunsten des anderen Kantons.



Entwicklung wird wohl noch negativer ausfallen

Kommen wir zurück auf die Geburtenrate von zuletzt 1.29 Kinder pro Frau. Diese ist tiefer, als im Referenzszenario für die jeweiligen Kantone angenommen wird. Die jüngsten Zahlen deuten darauf hin, dass wir uns hinsichtlich der Geburtenrate wohl eher im tiefen Szenario wiederfinden werden. Dies hat zwar keinen Einfluss auf die nahe Zukunft, aber es bedeutet, dass die langfristige Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wohl noch negativer ausfallen wird als ohnehin schon befürchtet.

Verschiedene Massnahmen notwendig

Was ist zu tun? Wie eingangs erwähnt, lässt sich die Geburtenrate durch staatliche Unterstützungsmassnahmen kaum beeinflussen. Zudem hätte eine Zunahme der Kinder pro Frau kurzfristig keinen Effekt auf die erwerbsfähige Bevölkerung. Um den Wegfall zu kompensieren, müssen also andere Massnahmen ergriffen werden: Dazu gehören eine Erhöhung der Produktivität, die Mobilisierung der noch vorhandenen Potenziale in der Erwerbsbevölkerung, die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte und eine Erhöhung des Referenzalters. Nicht alle dieser Massnahmen sind aktuell populär, aber angesichts der demografischen Entwicklung sind sie nötig, um den Wohlstand zu sichern. Wer bei einer dieser Massnahmen den Hebel nicht ansetzen will, dem sollte klar sein, dass es dafür bei den anderen Massnahmen mehr braucht.



Rudolf Minsch

Leiter Wirtschaftspolitik & Aussenwirtschaft, Chefökonom, Stv. Vorsitzender der Geschäftsleitung



Guido Saurer

Stv. Bereichsleiter Wirtschaftspolitik & Bildung